

A n t r a g

der Fraktion FREIE WÄHLER

EntschlieÙung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 18/4300 –

Landeshaushaltsgesetz 2023/2024

Gutachten zur Entwicklung der medizinischen Versorgung in Rheinland-Pfalz bis 2035

I. Der Landtag stellt fest:

Immer häufiger werden Patientinnen und Patienten, die auf der Suche nach geeigneten Hausärzten, Kinderärzten oder anderen Fachärzten sind, an eine zentrale Hotline vermittelt, um dort einen nächstmöglichen Termin zur Untersuchung/Behandlung zu vereinbaren. Dabei spielt es zunächst keine Rolle, ob der betreffende Patient/die betreffende Patientin bereits Kontakt zu dem betreffenden Arzt hatte. Ziel dieser Maßnahme durch die Kassenärztliche Vereinigung Rheinland-Pfalz ist einzig und alleine ein zeitnaher Patient-Arzt-Kontakt, um die gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen.

Gerade die medizinische Versorgung außerhalb von Ballungsgebieten und Städten scheint mehr und mehr zum Problem zu werden. Die Antworten der GroÙen Anfragen der CDU, welche im Februar-Plenum 2022 besprochen wurden machten deutlich, dass strukturell zusätzlich 376 Ärztinnen und Ärzte bis zum Jahr 2035 fehlen werden.

Auf Basis der aktuellen Anzahl der Medizinstudienplätze in Rheinland-Pfalz soll ein Gutachten Aufschluss darüber geben, wie sich die medizinische Versorgung in allen Fachrichtungen vor allem unter Berücksichtigung perspektivischer Ruhestandszahlen, bis ins Jahr 2035 entwickelt.

In der Konsequenz soll das Gutachten zeitnah die Möglichkeit eröffnen, auf Grundlage einer Datenbasis die Kapazitäten an den jeweiligen Standorten auszubauen bzw. neue Fakultäten einzurichten.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- ein Gutachten in Auftrag zu geben, welches die medizinische Versorgung aller Fachrichtungen, vor allem unter Berücksichtigung perspektivischer Ruhestandszahlen bis ins Jahr 2035 in Rheinland-Pfalz, untersucht.

Für die Fraktion:
Stephan Wefelscheid